



Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

## Ein Jahr im Bundestag – unzählige sollen folgen

Der 24. September 2017 bleibt uns allen als ein historischer Tag in Erinnerung - er besiegelte, was von vielen bereits seit langer Zeit herbeigesehnt wurde: das deutsche Volk wählte sich mit der AfD endlich wieder eine Opposition in den Bundestag. Seitdem ist ein Jahr vergangen, wir können auf eine Reihe von Erfolgen zurückblicken und mit Stolz sagen, dass wir – auch dank der zahlreichen Helfer – Großes geleistet haben.

Zunächst freue ich mich, nach einer zähen Suche und vielen Rückschlägen durch Vermieter, weil sie Angst vor linken Straßenschlägern hatten und teils im letzten Moment ihre Unterschrift unter dem Vertragswerk verweigerten, ein Wahlkreisbüro in Erfurt eröffnet und so eine wichtige Anlaufstelle in der Landeshauptstadt geschaffen zu haben. Auch von den bereits in den ersten Wochen erfolgten Anschlägen lassen wir uns dies nicht kaputt machen. Mehrere Male konnte ich außerdem Besuchergruppen aus Thüringen im Bundestag begrüßen, die meinen Einladungen gefolgt sind.

Aber auch im Bundestag hat die AfD-Fraktion in ihrem ersten Jahr viel Gutes geleistet. Zuerst stand die Fraktion vor der Mammutaufgabe, den Vorstand und die Mitglieder sehr vieler Gremien in geheimen Wahlen zu bestimmen und die notwendige Organisationsstruktur einer Bundestagsfraktion mit weit über einhundert Mitarbeitern aufzubauen. Das alles verlief reibungslos – war aber organisatorisch und zeitlich sehr aufwendig. Im Zuge dieses Aufbaus wählte mich die Fraktion zu ihrem Justiziar und kurze Zeit später zum

Kandidaten für den Vorsitz des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz, der ich seit Anfang 2018 bin.

Parlamentarisch ist es uns schon in den ersten Monaten gelungen, Ausrufezeichen in Berlin zu setzen. Besondere Bedeutung hatte für mich zum einen mein Antrag zur Abschaffung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, den wir schon im Dezember 2017 im Plenum diskutierten. Die Freiheit des Netzes ist für mich ein nicht verhandelbarer Grundpfeiler, den ich durch dieses Zensurgesetz gefährdet sehe.

Aber auch der von mir erstellte Gesetzentwurf zur Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz stellte für mich, als langjähriges Mitglied des Vereins „Deutsche Sprache“, einen wichtigen Meilenstein dar.

Mit einer Vielzahl kleiner, schriftlicher und mündlicher Anfragen ist es mir unter anderem gelungen, Licht ins Dunkel des linken Fördersumpfes um sogenannte „Demokratieprojekte“ zu bringen. Auch hier hat dem deutschen Bundestag schon seit langem eine echte Opposition gefehlt.

Nun heißt es, das zweite Jahr mit neu gesammelter Kraft und ganzem Elan in Angriff zu nehmen. Wenngleich zurzeit noch der Wahlkampf in den thüringischen Nachbarländern Hessen und Bayern viel Energie kosten wird, startet die AfD-Fraktion bereits wieder im Bundestag durch und verspricht, auch im zweiten Jahr das Wohl der Bürger an erste Stelle zu setzen.

*Ihr/Euer Stephan Brandner*

# KLARTEXT

aus dem

# Bundestag

Stephan Brandner

INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

### Bundesregierung gibt endlich zu:

#### Über 97% der Einreisen 2015 waren illegal!

Nur rund 25.000 Personen reisten 2015 legal nach Deutschland ein

*mehr auf Seite 2*



### „Gehirntumor“ und „Mandelentzündung“

Mein Bericht über das leider gescheiterte Gespräch mit Volkhard Knigge.

*mehr auf Seite 6*



### Eröffnung des Wahlkreisbüros in Erfurt

Am 14.8. 2018 eröffnete Stephan Brandner sein zweites Wahlkreisbüro – diesmal in Erfurt.

*mehr auf Seite 7*



## Nach Werbung für widerliches Linksextremistenkonzert in Chemnitz: Steinmeier muss zurücktreten und vom Verfassungsschutz beobachtet werden

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier warb vor wenigen Wochen über sein offizielles Facebookkonto für ein in Chemnitz stattfindendes linksextremistisches Konzert, an dem unter anderem die lange Zeit vom Verfassungsschutz beobachtete Musikgruppe „Feine Sahne Fischfilet“ teilnahm. Diese ruft offen zum Hass gegen Deutschland und zur Gewalt, vor allem gegen Polizeibeamte, auf. Berüchtigt ist diese Gruppe wegen Liedertexten, die Sätze wie „Deutschland ist scheiße, Deutschland ist Dreck!“, „Die nächste Bullenwache ist nur ein Steinwurf entfernt!“ und „Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen und schicken den Mob dann auf euch rauf.“

Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein (...).“ beinhalten.

Stephan Brandner zeigt sich entsetzt über diese Werbung, die nicht nur eines Bundespräsidenten unwürdig ist: „Es war schon erbärmlich, dass sich vor einiger Zeit der damalige SPD-Justizminister Maas die perversen Gewaltphantasien dieser grölenden Wirtköpfe quasi zu eigen gemacht hatte. Dass aber nun auch noch der deutsche Bundespräsident offiziell primitive Deutschlandhasser unterstützt und bewirbt, lässt tief blicken.

Steinmeier hat sich damit endgültig für jedes Amt disqualifiziert und muss zurücktreten. Außerdem

ist er aufgrund seiner offenen Unterstützung einer gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung kämpfenden Bande nun ein Fall für den Verfassungsschutz!“

Brandner macht zudem deutlich, dass auch rechtliche Maßnahmen gegen den Bundespräsidenten zu prüfen sind: „Es muss festgestellt werden, ob und welche rechtlichen Schritte eingeleitet werden können. Ich denke da unter anderem an Artikel 61 unseres Grundgesetzes. Sollte ein Bundespräsident kriminelle Vereinigungen bewerben und unterstützen, muss auch er mit der vollen Härte des Rechtsstaates rechnen und konfrontiert werden!“

## Zivile Seenotretter machen sich mit Schleusern gemein

Wie sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage, die unter der Federführung Stephan Brandners erstellt wurde (Drs. 19/3262), ergibt, wurden bereits in den ersten fünf Monaten des Jahres 2018 4.968 Personen durch die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer geborgen. Im Jahr 2017 sollen es laut italienischer Küstenwache 46.601, im Jahr 2016 46.796 Menschen gewesen sein. Laut Bundesregierung sind derzeit sieben Organisationen mit Sitz in

Deutschland in der 'humanitären Seenotrettung' aktiv, die meisten von ihnen eingetragene Vereine, teilweise sogar als gemeinnützig anerkannt. Jedoch liegen der Bundesregierung einmal mehr keine Kenntnisse darüber vor, wo die geretteten Personen verblieben sind und ob sie etwa in Deutschland Asyl beantragt haben.

Stephan Brandner macht deutlich, dass es wohl kaum ein Zufall ist, wenn die Bundesregierung die Frage nach der Unterscheidung von „Schleusern“ und sogenannten 'humanitären Seenotrettern' nicht beantwortet. „Das Prinzip ‚Aufklärung statt Abschreckung‘, auf das die Bundesregierung nach eigenen Angaben gegenüber illegalen Migranten setzt, hat ganz offensichtlich wenig Erfolg und ist

ein Bluff. Tote im Mittelmeer können nur dadurch vermieden werden, dass sich niemand auf den Weg nach Europa macht. Selbstredend darf man niemanden ertrinken lassen, auch denjenigen nicht, der sich selber in Lebensgefahr bringt. Die Menschen müssen aber auf direktem Weg zurück in ihre Heimat beziehungsweise jene Häfen gebracht werden, in denen sie ihre Reise aufgenommen haben. Zivile Seenotretter machen sich nicht nur mit Schleusern gemein, sie fördern auch, dass sich immer mehr Menschen auf den gefährlichen Weg nach Europa machen und sind damit - genauso wie die Bundesregierung - mitverantwortlich für die Toten im Meer. Damit muss Schluss sein.“



## Bundesregierung gibt endlich zu: Über 97% der Einreisen 2015 waren illegal!

Zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Juli 2018 haben im Rahmen des Asylverfahrens etwa 539.000 Erstantragsteller ab 18 Jahren keinen Pass, Passersatz oder Personalausweis beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgelegt. Das ergibt sich aus einer schriftlichen Anfrage Stephan Brandners an die Bundesregierung. Gleichzeitig räumt diese ein, dass allein im Jahr 2015 rund 865.000 unerlaubte Einreisen durch die Bundespolizei festgestellt worden seien. Insgesamt soll die Zahl der Einreisen im Jahr 2015

laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei 890.000 gelegen haben.

Stephan Brandner zeigt sich schockiert über die Zahlen: „Die Bundesregierung gibt endlich zu, dass im Asylchaos des Jahres 2015 gerade einmal rund 25.000 Personen, das entspricht 2,8%, erlaubt eingereist seien. Die Zahlen zeigen das ganze Ausmaß des Versagens der von Merkel geführten Bundesregierung auf, das Deutschland grundlegend und dauerhaft verändert hat.“

Brandner kritisiert auch scharf, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge offenbar wissentlich bei einem Besuch der Thüringer Landesgruppe die falsche Auskunft gegeben hatte, dass nur ein marginaler Anteil der Eingereisten keine Papiere vorgelegt hätte: „Über eine halbe Million Menschen sind keine vernachlässigbare Größe, zumal Personen ohne Dokumente ihre Herkunft und somit eventuell vorliegende Asylgründe gar nicht ausreichend nachweisen können.“





### Brandner unterwegs

1. Tag der Bundeswehr in Erfurt
2. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Hermsdorf
3. Besuch beim ASB in Gera
4. Stadtmuseum in Weimar
5. Amt für Landentwicklung und Flurneuordnung in Gera
6. Polizeiinspektion Saalburg
7. Deutsches Jugendherbergswerk



8. Landesverband Thüringen
9. Neueröffnung der Orangerie in Gera
10. Bundesarbeitsgericht in Erfurt
11. Bürgerdialog in Hermsdorf
12. Tag der offenen Tür des Landtages in Erfurt
13. Sommerfest der AfD in Hannover
14. Bürgerdialog in Lüneburg
15. Bürgerstammtisch in Husum
16. Bürgerstammtisch mit Verena Hartmann in Pirna





## Bundesregierung muss entschieden gegen islamische Paralleljustiz vorgehen

Schon seit mehreren Jahren warnen Wissenschaftler immer wieder vor einer mehr und mehr um sich greifenden islamischen Paralleljustiz in Deutschland. Erst vor wenigen Wochen erklärte der Rechts- und Islamwissenschaftler Mathias Rohe, dass die sogenannte Paralleljustiz eine Bedrohung des deutschen Rechtsstaates darstelle und man die Szene "aufbrechen" müsse.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD heißt es diesbezüglich: "Illegale Paralleljustiz werden wir nicht dulden".

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion, die unter der Federführung des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Stephan Brandner, erstellt wurde (Bundestagsdrucksache 19/4150), ergibt sich jedoch, dass die Bundesregierung keinerlei konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der muslimischen Paralleljustiz plant.



„Es ist damit offensichtlich, dass die Bundesregierung dieses gravierende Problem nicht ernst genug nimmt. Während die Konferenz der Justizminister im Juni diesen Jahres betont hat, dass eine fundierte wissenschaftliche und empirische Erforschung des Phänomens der Paralleljustiz unter kultur-, sozial- und rechtswissenschaftlichen Aspekten als hilfreich zu erachten sei, lehnt sich die

Bundesregierung zurück und verweist auf eine vorhandene Studie aus der 17. Legislaturperiode.

Es ist jedoch für jeden sichtbar, dass sich die Situation in Deutschland in den letzten drei Jahren drastisch verändert hat. Offenbar will die Bundesregierung das nicht wahrhaben und lehnt daher alle weiteren Maßnahmen ab. Der Koalitionsvertrag ist daher nichts weiter als eine Zusammenstellung leerer Phrasen. So läßt sich eine noch dramatischere Islamisierung unseres Landes nicht stoppen. Dazu bedarf es beherzten und klaren Vorgehens, genau das macht aber die Merkelregierung nicht“, so Brandner.

Weiter betont der AfD-Bundestagsabgeordnete, dass ein Umgehen der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland unter keinen Umständen zu tolerieren sei. „Gegen jegliche Bestrebungen dieser Art muss entschieden vorgegangen werden“, so Brandner abschließend.

## Politische Bildungsreise nach Berlin war ein voller Erfolg

„Sehr schön war’s“ lautete der einhellige Tenor der knapp 50 Teilnehmer aus Gera, Erfurt und anderen Orten aus dem Zuständigkeitsbereich Stephan Brandners, die Anfang August seiner Einladung zu einer - freilich vom Steuerzahler finanzierten - Bildungsreise mit zwei Übernachtungen in die Bundeshauptstadt gefolgt waren.

Neben den Besichtigungen von und Gesprächen im Bundesjustizministerium und den Gedenkstätten zur Deutschen Teilung begeisterte die Gäste die mehrteilige Stadtrundfahrt, die einen mit einer Fülle von - auch politischen - Hintergrundinformationen fast erschlug.

Brandner ließ es sich am Mittwoch, trotz seines bevorstehenden Besuches in der Gedenkstätte Buchenwald, nicht nehmen, die Gruppe persönlich im Reichstag zu begrüßen und bekräftigte, dass im nächsten Jahr eine solche Fahrt auf jeden Fall wieder durchgeführt werden müsse. Weiter sprach er dem Bundespresseamt für die hervorragende Organisation und Betreuung seinen Dank aus und stellte klar: „Vielen Dank auch an den deutschen Steuerzahler, der das finanziert. Und weil das so ist, kann an den von mir vermittelten Fahrten auch jeder teilnehmen. Man muss sich nur rechtzeitig über eines meiner Wahlkreisbüros anmelden. Ich freue mich auf das nächste Mal.“

## Aus ‚Spaß‘ baut niemand 100-Kilo-Bomben!

Medienberichten zufolge geht aus einem internen Abschlussbericht des Landeskriminalamtes Thüringen hervor, dass die im März im Landkreis Rudolstadt-Saalfeld gefassten Bombenbastler nicht aus politischen Motiven, sondern aus „Spaß an der Explosion“ gehandelt hätten.



Stephan Brandner kommentiert diese Erkenntnisse als „lächerlich“.

„Jedem klardenkenden Menschen sollte klar sein, dass niemand eine 100-Kilo-Bombe aus Spaß bastelt. Auch die vielfältigen Ausreden, zum Beispiel, man habe Chemikalien gehortet, um die Maulwürfe in Mutters Garten zu verscheuchen, zeigen deutlich auf welchem Niveau hier argumentiert wird. Von Anfang an schien es wenig Interesse an einer Aufklärung zu geben – spätestens, seit die linksextremen Verstrickungen eines der Täter bekannt wurden.“



### **Fährt Erfurt mit der Bewerbung für den Katholikentag ein weiteres Prestigeprojekt gegen die Wand?**

Anfang September hat sich eine breite Mehrheit des Erfurter Stadtrates für eine Bewerbung Erfurts für den Katholikentag 2024 ausgesprochen. Die Stadt Erfurt wolle die Bewerbung mit 600.000 Euro unterstützen.

Stephan Brandner kritisiert den Vorstoß der Stadträte scharf: "Es ist offensichtlich, dass die Stadt und allen voran der Oberbürgermeister Bausewein, bereits mit der Organisation der Bundesgartenschau 2021 vollkommen überfordert ist. Ein weiteres Großprojekt anzugehen ist alles andere als vernünftig, denn es liegt auf der Hand, dass die Stadt sich hier übernimmt. Das Geld, was an dieser Stelle ausgegeben wird, kann in anderen Bereichen besser investiert werden. Schauen wir uns nur die vielen sanierungsbedürftigen Schulen an."



### **Steuergeld an Geraer Verein „Akzeptanz“ waren verschwendet!**

Wie die Antwort der Thüringer Landesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion zeigt, wurde der Verein „Akzeptanz!“ e.V. aus Gera im Jahre 2017 mit einer Zuwendung in Höhe von 165.364 Euro aus der Projektförderrichtlinie Integration gefördert. Das Projekt und dessen finanzielle Unterstützung wurden laut Aussage der Thüringer Landesregierung zum 1. Oktober 2017 eingestellt. Weiter gibt die Landesregierung zu, dass trotz mehrfacher Aufforderung kein Verwendungsnachweis für das Förderjahr 2017 vorgelegt wurde. Die bereits ausgezahlten Mittel sollen daher zeitnah zurückgefordert werden.

Der Geraer AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner hatte den Verein von Anfang an als höchst zweifelhaft und unseriös eingeschätzt.

## **Schlagzeilen aus Thüringen**

„Schon als Frau Poser Ben-Kahla vor zwei Jahren das Bundesverdienstkreuz verliehen bekam, habe ich offen Kritik an der Arbeit des Vereins geübt und wurde dafür aus allen Richtungen angefeindet. Heute wissen wir, dass die Steuergelder, bewilligt im Multikulturausch der Rotgrünen, aus dem Fenster geworfen wurden und die vom MDR und der Thüringer Ehrenamtsstiftung als „Thüringerin des Monats August“ geehrte Ben-Kahla die Gelder vermutlich lieber für sich und ihre Truppe selbst ausgegeben hat. Diejenigen, die die Vereinsvorsitzende hochgejubelt haben, sind heute ganz ruhig geworden und abgetaucht - warum bloß?“

### **Jugendherberge könnte touristisches Angebot in Gera sinnvoll ergänzen**

Im Mittelpunkt des Gesprächs Brandners mit dem Thüringer Landesverband des Deutschen Jugendherbergsverbandes (DJH) in Weimar stand die Frage nach der Finanzierung der Verbandsarbeit, die durch Landes- und Bundesmittel gefördert wird. Bei einer durchschnittlichen Bettenauslastung von 43% sieht der Landesverband noch Steigerungsmöglichkeiten – vor allem an Wochenenden, an denen Jugendherbergen vor allem für Familien oder auch alleinreisende Erwachsene eine interessante Alternative zum Hotel bieten können, auch, weil sie maßgeschneiderte Freizeit- und Bildungsangebote vorhalten.



Kritisch sieht Brandner auch hier die überbordende Bürokratie, die mit dem öffentlichen Vergabeverfahren verbunden ist. Bei Bürokratiekosten von bis zu 10% lohne sich die Förderung insbesondere bei kleinen Beträgen nicht.

Stephan Brandner, der seit Jahren auch selbst eines der circa 2 Millionen Mitglieder des DJH ist, macht deutlich, dass sich die AfD für eine drastische Entbürokratisierung im Vergaberecht einsetzt. Weiter erläutert Brandner, dass die Thüringer Jugendherbergen einen wichtigen Beitrag zur Heimatbildung Thüringer Schüler leisten, für die sich die AfD besonders einsetzt.

Brandner bedauert, dass noch nicht alle Regionen in Thüringen, insbesondere sein Heimatort Gera, aber auch Jena, mit einer Jugendherberge versorgt sind. „Aus meiner Sicht ist Gera ein hervorragender Standpunkt für eine Jugendherberge. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bietet Gera vielfältige Möglichkeiten. Auch ermöglicht die Lage interessante Ausflüge in das Umland. Die Stadt Gera sollte überdenken, ob ein solches Projekt das touristische Angebot nicht sinnvoll ergänzen würde. Der Oberbürgermeister würde gut daran tun, sich eines solchen Projektes anzunehmen!“

### **Konferenzteilnahme verweigert - „IDZ Jena schmort weiter im eigenen Saft!“**

Das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft“ in Jena, das sich in Trägerschaft der umstrittenen Amadeu-Antonio-Stiftung befindet, richtete Mitte September eine Fachtagung zum Thema „Gewalt gegen Minderheiten“ aus. Laut des Netzauftrittes wird die Konferenz vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz, Stephan Brandner, hatte sich für eine Teilnahme an der Tagung - die steuerfinanziert - im edlen Restaurant Scala in Jena stattfand, angemeldet. „Gerade wir von der AfD müssen täglich mit gegen uns gerichtetem Hass, Zerstörung und Körperverletzung leben. Wir lehnen jede Form der Gewalt ab und suchen den Dialog.“

Das IDZ verweigerte Brandner mit dem Hinweis, die Veranstaltung sei ausgebucht, die Teilnahme: „Das ist eine billige Ausrede, meine Anmeldung dürfte eine der ersten gewesen sein, monatelang meldete sich das IDZ nicht. Dass ein Bundestagsabgeordneter von der Teilnahme an einer, zumindest zum Teil, aus Bundesmitteln finanzierten Veranstaltung, ausgeschlossen wird, ist ein Unding, zumal auch meine Einladung zu einem Gespräch abgelehnt wurde. Offenbar haben die vom IDZ viel zu verbergen, gehen Diskussionen aus den Weg und schmoren lieber im eigenen Saft. Das ist ein weiteres Armutszeugnis und unterstreicht ein Mal mehr, dass der seltsamen und als linksradikal verrufenen Amadeu-Antonio-Stiftung die öffentlichen Gelder entzogen werden müssen.“



## „Gehirntumor“ und „Mandelentzündung“ -

### Mein Bericht (basierend auf einer Mitschrift) über das leider gescheiterte Gespräch mit Volkhard Knigge (Leiter der Gedenkstätte Buchenwald)

Nachdem der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Volkhard Knigge, im Nachgang zu meinem dortigen Besuch, inzwischen mehrere verschiedene Versionen des Gesprächs verbreitet und - was insbesondere vor dem Hintergrund des Stiftungszweckes, an den auch er gebunden ist, sehr verwundert - behauptet hat, er hätte mich und die AfD „entlarvt“, was auch sein und das „Ziel“ anderer („unser“, wen auch immer er meinte) gewesen sei, hier nun die Schilderung des tatsächlichen Hergangs:

Um mich über die Arbeit und Ergebnisse der Arbeit, Finanzierungsfragen und Wünsche an die Politik zu informieren, aber auch, um das Gelände zu besichtigen, besuchte ich - als Bundestagsabgeordneter, in dessen Wahlkreis Buchenwald liegt - am 8. August 2018 die Gedenkstätte. Anlässlich dieses Besuchs sollten Fragen, die den Besuchsort betreffen, erörtert werden, wie es für die Tätigkeit eines Bundestagsabgeordneten in „seinem“ Wahlkreis üblich ist. Dem Treffen lag eine Anfrage von mir aus dem April 2018 zugrunde, die erst nach etwa einem Monat beantwortet worden war. Kurz danach fragte ich nach der Möglichkeit einer Verlegung wegen einer Terminkollision und der Ferienzeit; diese Bitte wurde umgehend von der Stiftung zurückgewiesen, sie bestand auf den 8. August 2018 als - angeblich - einzig möglichem Termin. Im Gespräch konnte es dann leider zu keinem fachlichen, die Stiftungsarbeit betreffenden Austausch kommen. Warum? Ich erläutere das:

Herr Knigge, der schon einen Tag zuvor die Presse über seinen umfangreichen persönlichen Fragenkatalog an mich informiert hatte, bestand darauf, Fragen zu seiner und der Stiftungsarbeit erst nach einer Art „Gesinnungsprüfung“ beantworten zu

wollen. Ich sollte mich zwingend vorab zu Äußerungen von einigen Mitgliedern der AfD positionieren, was ich selbstverständlich ablehnte und auch nicht tat. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, der zumal kein Parteiamt innehat, bin ich dafür schlicht der falsche Ansprechpartner, zumal auch - wie Herr Knigge eigentlich wissen sollte - Partei-, Abgeordneten- und Parlamentsarbeit zu trennen sind. Ich riet daher Herrn Knigge, direkt mit den Personen zu sprechen, deren Äußerungen für ihn (er)klärungsbedürftig seien. Nachdem Herr Knigge aber keine Einsicht zeigte und darauf beharrte, unbedingt, sofort und vor allem Anderen über die AfD und eine Vielzahl derer Mitglieder (dabei ging es übrigens nicht lediglich um die Herren Gauland und Höcke, sondern auch allgemein um „Burschenschaftler“, „Mitarbeiter in Fraktionen“ und andere Personen, die ich überwiegend gar nicht kenne) zu sprechen, schlug ich ihm ein strukturiertes Vorgehen vor und regte an, zunächst konkrete Punkte aus den Programmen der AfD anzusprechen, die seiner Ansicht nach kritikwürdig seien und die seine Agitation gegen diese Partei - auch im Lichte des Stiftungszweckes nach Paragraph 2 des Stiftungsgesetzes - begründen würden. Herr Knigge konnte oder wollte aber trotz mehrfacher Nachfragen von mir keine Angaben/ Aussagen dazu machen, verweigerte das Gespräch darüber und versuchte stattdessen, mir sinngemäße Zitate zu unterstellen. Meine Fragen nach Fundstellen, Quellen, Ort, Zeit und konkreten Inhalten konnte oder wollte Herr Knigge ebenfalls nicht beantworten.

Ich konfrontierte Herrn Knigge dann mit der Tatsache, dass er offenbar keine Probleme damit habe, sich mit bekennenden Linksextremisten und Sozialisten (Benjamin Hoff) sowie Mitgliedern vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen (wie sie sich z. B. in der Thüringer Landtagsfraktion der LINKEN finden) zu zeigen und diese zu empfangen. Diese - nicht nur politisch - zweifelhaften

Personen träfe er nicht nur öffentlich, sondern ermögliche es ihnen auch, die Gedenkstätte für öffentliche Auftritte als Bühne zu benutzen. Angesichts der Tatsache, daß an diesem Ort im sowjetischen Speziallager unter sozialistischer/ kommunistischer Ägide Tausende Menschen ermordet wurden, hielt und halte ich dies für nicht nachvollziehbar. Herr Knigge bestritt die Entwicklungslinie zwischen Sozialisten/ Kommunisten, SED und den Linken und ließ außerdem wissen, daß er die Einschätzung des Verfassungsschutzes bezüglich linksextremistischer Organisationen, in denen Mitglieder der Linken Landtagsfraktion Mitglied seien, nicht (!) teile. Auch, daß Herr Hoff (immerhin ein Thüringer Minister und Chef der Staatskanzlei) - auf sich selber bezogen - „Linksextremist“ als Ehrentitel bezeichnet hatte, spiele keine Rolle.

Dann wandte sich Herr Knigge zu meinem Erstaunen und Entsetzen auch noch gegen meine Aussage, daß „jede Diktatur - gleich ob ideologisch rot oder braun - Verbrechen und Verbrecher hervorbringt.“ Diese Aussage wäre - so Herr Knigge - vergleichbar mit der allgemeinen Feststellung, dass Krankheiten etwas Negatives seien. Ein „Gehirntumor“ (er meinte wohl die Nationalsozialisten und deren Verbrechen) sei jedoch nicht mit einer „Mandelentzündung“ (hier meinte er vermutlich die Sozialisten/ Kommunisten und deren Verbrechen) zu vergleichen. Ich fand diese Vergleiche - zumal aus dem Munde des Leiters dieser Gedenkstätte - mehr als bedenklich und unglaublich und distanzierte mich sofort davon, Millionen Tote mit einem „Gehirntumor“ und einer „Mandelentzündung“ zu vergleichen.

Da ich dieses Gespräch auf diesem Niveau nicht fortsetzen und Herr Knigge von seinen - befremdlichen - Äußerungen und Forderungen keinen Abstand nehmen wollte, beendete ich dann nach einer knappen Stunde das Treffen. Es endete ergebnislos, weil Herr Knigge sich strikt weigerte oder nicht dazu in der Lage sah, inhaltlich über die Stiftungs- und seine Arbeit zu reden. Statt konkret an fachlichen Themen zu arbeiten, äußerte er zusammenhanglos Unwahrheiten und Allgemeines, was er wohl irgendwo gehört oder gelesen hatte, wiederholte immer wieder dasselbe und „arbeitete“ dabei mit nicht belegbaren, frei erfundenen Zitaten, die er mir zuschrieb. Gleichwohl bleibe ich - wie es meine Aufgabe als Bundestagsabgeordneter ist - gesprächsbereit und biete Herrn Knigge nach wie vor gerne weitere Gespräche zur Stiftung, der Gedenkstätte und deren Arbeit an.



## Eröffnung des Wahlkreisbüros in Erfurt



Am 14.8. 2018 eröffnete Stephan Brandner sein zweites Wahlkreisbüro – diesmal in Erfurt. Rund 100 Gäste ließen es sich nicht nehmen, zum Teil aus ganz Thüringen anzureisen, um die neuen Räumlichkeiten kennenzulernen und gemeinsam das wichtige Ereignis zu feiern. Brandner freute sich über die große Resonanz und die zahlreichen Gäste - unter ihnen die Landessprecher der Thüringer AfD, Björn Höcke und Stefan Möller - OB Bausewein hatte aus Termingründen abgesagt.



Die bei reichlich Speis', Trank und vielen guten Gesprächen den Abend verbrachten. Außerdem macht er deutlich, dass die Eröffnung eines weiteren Wahlkreisbüros ein wichtiger Meilenstein für die Verankerung der AfD in der Bevölkerung und in Thüringen sei. „Ab nun steht in der Erfurter Mitte eine Anlaufstelle für alle politischen Sorgen, Nöte und Gespräche zur Verfügung. An drei Tagen in der Woche, immer am Montag, Mittwoch und Freitag und natürlich nach



Vereinbarung, gibt es die Möglichkeit, mit mir und meinen Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen. Außerdem werden wir die Bundestagsitzungen im Büro übertragen und es damit zu einem lebendigen Ort machen. Alle sind herzlich eingeladen!“

## Der Kollege hat das Wort – heute: Uwe Kamann

Die Bundesregierung zeichnet sich dadurch aus, dass sie das Thema der Digitalisierung bislang verschlafen hat. Vor fünf Jahren hatte Angela Merkel das Internet noch als „Neuland“ bezeichnet. In dieser Tradition fehlender Wahrnehmung steht ihr bisheriges Handeln. Die Digitalisierung unseres Landes schleppt sich nur mühsam voran. Die Wirtschaft legt Tempo vor, die Bundesregierung verweigert Schubkraft.

Ich habe es als weiteres Stricken am Flickenteppich bezeichnet, als Merkel kürzlich den Digitalrat ankündigte. Denn dieser Digitalrat ist einer von



vielen „think tanks“, in denen regierungsgemäß vorgedacht werden soll.

- Kanzleramtsminister Helge Braun gründete das sogenannte Digitalkabinett, dem faktisch das ganze Kabinett angehört.
- Dorothee Bär ist als Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, allerdings ohne eigenes Budget.
- Die Merkel-Vertraute Eva Christiansen wurde zur Chefin einer Kanzleramtsabteilung für ‚Politische Planung, Innovation und Digitalpolitik‘ befördert.
- Verkehrsminister Andreas Scheuer ist zuständig für die digitale Infrastruktur.

Das ist die „Flickenteppich-Strategie“, die ich kritisiert habe. Wir haben, wie übrigens auch die FDP, erfolglos ein Digitalministerium gefordert, dass ressortübergreifend und in eigener Verantwortung sowie mit hinreichendem Budget vertreten Pflöcke hätte einschlagen können.

Ein weiterer Bundestag-interner „think tank“ ist die Enquete-Kommission „KI“, deren Einrichtung der Bundestag am 28. Juni d.J. beschlossen hat. Die Kommission soll Handlungsempfehlungen im Umgang mit „Künstlicher Intelligenz“ (KI) entwickeln. Ich gehöre dieser Kommission gemeinsam mit 19 Parlamentskollegen und weiteren 19 Sachverständigen an.

Ich bin diesem Gremium beigetreten, weil es für die AfD die einzige Möglichkeit der Mitwirkung darstellt. Ich werde deshalb dort besonders engagiert mitarbeiten, obwohl der Abschlussbericht der Kommission erst nach der Sommerpause 2020 vorgelegt werden soll.

Das muss man sich vorstellen! Zwei Jahre, das ist im Hinblick auf die rasende Entwicklung der KI vielleicht so lang wie von der Entdeckung des Rades bis zum ersten Benz Patent-Motorwagen Nummer 1 im Jahre 1886. Nur zur Anschauung: Die Rechenleistung des jeweilig schnellsten Computers der Welt hat sich von 2016 bis 2018 verdoppelt, in diesem Jahr wird China den ersten sogenannten Exa-FLOP-Rechner der Welt fertigstellen, der eine Trillion Rechenoperationen in der Sekunde ausführen können soll. Dies ist eine Verzehnfachung der Leistung des bisher stärksten Computers. Separat werden Quantencomputer entwickelt, die uns über die Grenze des Vorstellbaren führen werden.

Warum also erst 2020 Empfehlungen geben? Ich werde mich dafür einsetzen, dass Druck aufgebaut wird, dass wir Parlamentarier, mit Hilfe von Experten, zügig Handlungsschritte erarbeiten, die dieses Land endlich fit für die Zukunft machen und die bisherige Blockade aufheben.

Denn jetzt, liebe Frau Merkel, betreten wir wirklich Neuland. Und wir wollen nicht, dass wir zurückbleiben.

# RÄTSELPASS

Finden Sie fünf Begriffe, die mit der Arbeit Stephan Brandners im Deutschen Bundestag in Verbindung stehen. Gewinnen Sie ein Abendessen für zwei Personen gemeinsam mit Stephan Brandner im Restaurant Ihrer Wahl.

Schicken Sie die fünf Lösungswörter an [stephan.brandner.wk@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.wk@bundestag.de) oder per Post an: Wahlkreisbüro Stephan Brandner, Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera. Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtigen Lösungswörter, das Wunschrestaurant und die postalische Adresse enthalten ausgelost und umgehend benachrichtigt.

M	H	U	L	K	L	F	O	P	V
G	K	C	T	K	C	R	R	X	B
R	I	R	M	D	E	U	N	B	X
U	P	Y	V	G	A	W	O	N	V
N	L	T	Z	K	K	T	B	I	Q
D	E	J	U	C	L	N	P	U	Q
G	N	K	M	W	Z	E	D	E	J
E	A	R	K	J	C	Z	Y	S	K
S	R	A	I	Z	I	T	S	U	J
E	S	C	W	Z	V	E	R	T	H
T	A	E	U	H	U	S	A	F	F
Z	A	B	M	J	H	E	N	F	F
Q	L	Y	S	G	Y	G	E	K	L
O	P	N	X	G	H	A	Y	B	G
U	D	A	N	H	Ö	R	U	N	G

### Auflösung vom letzten Rätsel:

Das Lösungswort unseres letzten Rätsels lautet: **VOLKSANWALT**  
Gewonnen hat: [Christa Blachnik](#) - Herzlichen Glückwunsch

# Rechte Ecke:

Was lernen unsere Kinder eigentlich in der Schule? Wenn Ihre Kinder eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ besuchen, von denen es über 2800 in Deutschland gibt, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Ihre Kinder Texte wie:

„Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen/ Und schicken den Mob dann auf euch rauf/ Die Bullenhelme - sie sollen fliegen/ Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein/ Und danach



Quelle: q-rage

schicken wir euch nach Bayern/ denn die Ostsee soll frei von Bullen sein" oder „Deutschland ist scheiße/Deutschland ist Dreck!/Gib mir ein "like" gegen Deutschland/ Deutschland ist scheiße/ Deutschland ist Dreck!/" schon bald beim Spielen

singen, denn die freundlichen Linksextremisten der Band „Feine Sahne Fischfilet“ sind noch bis zum Jahr 2014 vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, der ihnen eine „explizit anti-staatlichen Haltung“ attestierte. Heute sind sie Paten einer Schule in Güstrow und laden Schüler zu Konzerten ein. Wie die Zeit sich doch ändert!

### Brandner im Netz:

[www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)  
[www.twitter.com/stbrandner](https://www.twitter.com/stbrandner)

[www.brandner-im-bundestag.de](https://www.brandner-im-bundestag.de)  
[www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb)



### Kontakt: Gera

Rudolf-Diener-Straße 21 - 07454 Gera  
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50  
[kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)

Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag  
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

### Kontakt: Erfurt

Iderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt  
Tel.: 0361 - 60 27 96 30 Fax: 0361 - 60 27 96 31  
[stephan.brandner.wk@bundestag.de](mailto:stephan.brandner.wk@bundestag.de)

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag  
von 10 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung

### Impressum:

Herausgeber: Stephan Brandner  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
V.i.S.d.P. Stephan Brandner  
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß  
Satz & Druck: Philipp Schmidt  
Bildnachweis: pixabay